

32. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. Feber 1957

94/J

Anfrage

der Abgeordneten K a n d u t s c h, Dr. Z e c h m a n n und Genossen
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend zunehmende Verzögerung in der Erledigung von Anträgen und Beschwerden
 der Kriegsopfer.

- - - - -

Die schleppende Behandlung der Berufungsanträge im Bereich des Landes-
^{Wien,} invalidenamtes Niederösterreich und Burgenland hat in den letzten Jahren ein un-
 gewöhnliches Ausmaß erreicht.

Der Rechnungshof hat in seinem Tätigkeitsbericht im besonderen den verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Vertagungen bei der Schiedskommission des genannten Invalidenamtes bemängelt.

Diese Unzulässigkeit der Schiedskommission bringt es mit sich, daß einerseits den Kriegsopfern der Anfall ihrer Ansprüche ungebührlich lange vor/halten bleibt, andererseits dem Staat ein Verwaltungsmehraufwand erwächst.

Daß die Ansprüche der Kriegsopfer auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof jahrelang keine Erledigung finden, bedeutet eine weitere Benachteiligung der Kriegsopfer.

Der Grund für diese Verzögerung in der Gewährung von Leistungen liegt in der unzulänglichen Besetzung des Verwaltungsgerichtshofes, deren Ursache wieder in der Schwierigkeit proportionärer Ausrichtung gelegen erscheint.

Wenn auch eine Abhilfe dieser bedauerlichen Gegebenheit nicht im Wirkungsbereiche des Bundesministeriums für soziale Verwaltung liegt, bedeutet es immerhin eine Sorglosigkeit der verantwortlichen Organe, einen Zustand zu belassen, der den Anfall ohnedies nicht reichlicher Versorgungsleistungen unverhältnismäßig lange verzögert.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

Anfrage:

1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, Maßnahmen zu treffen, die eine beschleunigte Erledigung der Berufungsanträge der Kriegsopfer bei der Schiedskommission des Landesinvalidenamtes Wien, Niederösterreich und Burgenland gewährleisten?

2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, sich dafür einzusetzen, daß die seit langem notwendig gewordene Neueinstellung von Verwaltungsrichtern verwirklicht und hiebei auch auf einen auf dem Gebiete der Kriegsopfersversorgung versierten Verwaltungsbeamten Bedacht genommen wird?